

## Zehn Jahre, die die Welt verändern

In einem Augenblick, da die Begeisterung über die Entwicklungshilfe in einigen westeuropäischen Ländern merklich abgeflaut ist, legt U Thant dem Wirtschafts- und Sozialrat und sodann der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Aktionsprogramm vor, das dem kommenden Jahrzehnt den Stempel der „Entwicklung“ aufprägen soll. Es skizziert die Grundzüge einer zusammenhängenden und umfassenden Entwicklungsstrategie, deren Ziel darin besteht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die wirtschaftlich unterentwickelten Länder im Jahre 1970 in der Lage sind, ihr Nationalinkommen jährlich um mindestens 5 vH zu steigern.

„Es ist verwirrend, feststellen zu müssen“, bemerkt U Thant in der Einleitung zu seinem Aktionsprogramm, „daß im Augenblick, da der Überfluß für gewisse Länder oder ganze Ländergruppen zur Tatsache geworden ist oder es allem Anschein nach bald werden könnte, und da die Fortschritte der Wissenschaft Errungenschaften möglich gemacht haben, welche die kühnsten Träume der Menschheit übertreffen, *es auf der Welt mehr Menschen gibt, die unter Hunger und Mangel leiden als je zuvor*“. Man muß sich wirklich die Mühe nehmen, dieses Paradox auf sich einwirken zu lassen, um die Gefahr in ihrem ganzen Umfang erfassen zu können. U Thant spricht nicht von einem an und für sich schon bedauerlichen Zustand, sondern von einer *Tendenz*, die täglich krasser wird. Die Zahl der Hungernden und Unterernährten nimmt zu, während die landwirtschaftlichen Überschüsse in einigen Ländern anschwellen. Die Zahl der Obdachlosen und Bedürftigen wächst, obwohl die Produktionskapazität mancher Länder bei weitem nicht ausgelastet ist. Trotz aller Anstrengungen wird auch die Zahl der Analphabeten und Arbeitslosen zunehmen, wenn die dagegen eingeleiteten Maßnahmen nicht verstärkt und beschleunigt werden.

„Eine solche Lage ist so unerträglich und den wohlverstandenen Interessen aller Völker jeder Entwicklungsstufe so entgegengesetzt“, sagt U Thant, „daß sie sowohl bei den fortgeschrittenen Staaten als auch bei den Entwicklungsländern zur Entschlossenheit führen sollte, ihr ein Ende zu setzen“.

Niemand wird bezweifeln, daß die Probleme, vor die sich die aufstrebenden Länder gestellt sehen, eine einzigartige Herausforderung auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet darstellen. Wäre das Wort nicht verpönt, würde man von einer Revolution sprechen, die sie in wenigen Jahren vollziehen müssen, denn man weiß heute gut genug, daß die angestrebte Entwicklung nicht nur wirtschaftlicher Art ist, sondern wirtschaftliches Wachstum, das mit sozialen und politischen Änderungen verbunden ist. Aber auf der anderen Seite gibt man sich offensichtlich noch viel zuwenig Rechenschaft darüber, daß das „Jahrzehnt der Entwicklung“ auch die fortgeschrittenen Staaten vor mehr als nur quantitative Anforderungen stellt, die tiefgreifende Wandlungen zur Folge haben werden. Daran mag U Thant gedacht haben, als er zurückhaltend von „einer Umformung gegenwärtiger Haltungen und Auffassungen“ schrieb.

Der Traum, die Welt zu verbessern, ist so alt wie die Menschheit. Heute ist die Notwendigkeit, sie zu verändern, unausweichlich, wenn die Menschheit überleben will. Es handelt sich nicht darum, das Paradies auf Erden zu schaffen, sondern den Aufbruch der Hölle zu verhindern; nicht einem imaginären Glück nachzujagen, sondern das Unglück abzuwenden.

### *Bestandsaufnahme der Anforderungen*

Im folgenden soll versucht werden, auf einige Anforderungen hinzuweisen, die das „Jahrzehnt der Entwicklung“ an die fortgeschrittenen Staaten stellt, woraus sich die

Frage ergibt, ob die gegenwärtige Politik dieser Staatengruppe den dargelegten Notwendigkeiten gerecht wird.

Das Prinzip der *Planung* oder *Programmierung* der Entwicklung ist heute kaum mehr Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen, seit man gesehen hat, daß die Planung an sich die Eigentumsformen keineswegs präjudiziert. Allgemein wird anerkannt, daß die aufstrebenden Länder zum Versuch verpflichtet sind, die mögliche Entwicklung vorzusehen und ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik darauf abzustellen. Hier wird nicht aus weltanschaulichem Bedürfnis geplant, *sondern weil es anders nicht geht*.

Bei der außerordentlich starken Abhängigkeit der meisten unterentwickelten Länder vom Konjunkturverlauf in den wichtigsten Industrieländern und von der Weltwirtschaft im allgemeinen entsteht das Bedürfnis, die Planungsmethoden zu universalisieren. In Wirklichkeit wurde auf diesem Gebiete schon eine intensive Vorarbeit geleistet, indem man sich bemüht, die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen vorzusehen und — wenigstens für einige Rohstoffe — die Produktion auf dem Wege der zwischenstaatlichen Verständigung zu planen. Das Programm für ein „Jahrzehnt der Entwicklung“ ist sicher der bisher kühnste Vorstoß in Richtung einer universalen Planung, die nicht nur für die aufstrebenden Länder ein globales „Planziel“ (Wachstumsrate von 5 vH) nennt, sondern gleichzeitig auch auf die Entscheidungen der Industriestaaten (in Funktion des aufgestellten Planzieles) Einfluß zu nehmen versucht. Somit steht die Planung oder Programmierung der Weltwirtschaft auf der Tagesordnung.

Noch vor wenigen Jahrzehnten konnten Länder, die sich damals am Anfang der Industrialisierung befanden, aus den technologischen Errungenschaften der fortgeschrittenen Staaten direkten Nutzen ziehen und auf diese Weise einen sehr raschen wirtschaftlichen Aufschwung in die Wege leiten (Japan). Heute ist die Wachstumsrate in einigen alten Industrieländern höher als in den aufstrebenden Ländern, weil offenbar die fortgeschrittene Technologie nicht mehr direkt auf die Entwicklungsländer anwendbar ist. Abgesehen vom Mangel an Fachleuten, die fähig sind, die moderne Technik in diesen Ländern einzuführen, erfordert sie riesige Kapitalinvestitionen und setzt Produktionsverfahren voraus, für welche in den rückständigen Ländern die Vorbedingungen noch fehlen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, *Forschung und Technik auf die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer auszurichten*. Die Verwirklichung dieser dringenden Forderung wird aber dadurch behindert, daß ein Großteil der menschlichen und materiellen Kräfte vom Rüstungswettlauf absorbiert wird.

U Thant weist in seinem Bericht mit Nachdruck darauf hin, daß sich der *Mangel an hochqualifizierten Fachkräften* — vom Pädagogen über den Arzt, den Betriebsleiter und den Sozialfürsorger bis zum Planungsspezialisten und Finanzsachverständigen — in den nächsten Jahren als das größte Hindernis herausstellen könnte, wenn die fortgeschrittenen Staaten nicht unverzüglich neue Maßnahmen ergreifen, um der steigenden Nachfrage entsprechen zu können.

Die *handelspolitische Position* der rückständigen Länder spielt bei der Finanzierung ihrer Entwicklungsprogramme eine entscheidende Rolle. Im vergangenen Jahrzehnt deckte der Exporterlös nur neun Zehntel des Einfuhrbedarfes. Es ist vorzusehen, daß dieses Defizit in den kommenden Jahren rasch zunehmen wird, da sich erstens die Austauschbedingungen zum Nachteil der Entwicklungsländer verschlechtern (sinkende Preise der Rohstoffexporte — steigende Preise der industriellen Importe), und zweitens der Absatz industrieller Erzeugnisse der aufstrebenden Länder auf den Märkten der fortgeschrittenen Staaten weiterhin auf künstliche Hindernisse stößt. Wenn sich die wohlhabenden Staaten nicht selbst den Zugang zu den potentiell unbeschränkten Märkten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verbauen wollen, müssen sie sich zu einer Liberalisierung des gesamten Welthandels entschließen und zu einer neuartigen internationalen Arbeitsteilung die Hand bieten.

Auch die *Kapitalhilfe* an die Entwicklungsländer wirft verschiedene grundsätzliche Probleme auf, denen die wohlhabenden Staaten nicht mehr ausweichen können. Der Präsident der Weltbank, *Eugene R. Black*, ein überzeugter Anhänger der Privatwirtschaft, hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gewährung von langfristigen Darlehen zu „weichen“ Bedingungen in Anbetracht der Schulden- und Zinsenlast der meisten Entwicklungsländer unumgänglich geworden ist. Dieser sich ständig ausweitende Einbruch in die geheiligten Gefilde des freien Kapitalmarktes geht mit einer Verstärkung der Rolle des Staates als Kreditgeber parallel.

Zu diesen qualitativen Veränderungen der Darlehenspolitik kommt das quantitative Ausmaß hinzu. Falls sich die wohlhabenden Staaten gesamthaft bereit finden, eins vom Hundert ihres Nationaleinkommens für die Entwicklungsförderung aufzuwenden, wie in einer Entschließung der Generalversammlung gefordert wird, ergibt sich ein Betrag, der einem Zehntel des Volkseinkommens aller Entwicklungsländer zusammen oder ihrer ganzen jährlichen Kapitalbildung entspricht. Diese Kapitalhingabe, die auf eine längere Periode hinaus gewährleistet werden sollte, reicht aus, um die jährliche Zuwachsrates der Entwicklungsländer von gegenwärtig dreieinhalb vom Hundert um höchstens eins vom Hundert zu steigern. Da andererseits aber die Rüstungsausgaben so hoch sind wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer, würde ein Zehntel dieser Ausgaben genügen, um die Wachstumsrate in den aufstrebenden Ländern von dreieinhalb auf die als Minimum bezeichneten fünf vom Hundert zu steigern, ohne daß die Steuerzahler der wohlhabenden Länder zusätzliche Opfer auf sich zu nehmen hätten.

### *Einige Fragen*

Diese Hinweise dürften dargetan haben, daß die Entwicklungsförderung, wie sie heute aufgefaßt wird, den fortgeschrittenen Staaten nicht nur außenpolitische, sondern ebenso sehr auch innenpolitische Aufgaben stellt. Sie wirft die Frage nach der grundlegenden Zielsetzung der Staaten und der ganzen Völkergemeinschaft auf. In der Tat ist es völlig undenkbar, daß man die Lebensverhältnisse von zwei Dritteln der Menschheit verändern kann, ohne daß dadurch auch die Existenzbedingungen des verbleibenden Drittels berührt werden. Wenn diese Einschätzung richtig ist, melden sich plötzlich mancherlei Zweifel hinsichtlich der Tauglichkeit altvertrauter Denkschemen.

Es ist an dieser Stelle vielleicht nützlich, zu bemerken, daß die Entwicklungsförderung genauso imperativ wäre, wenn es keinen West-Ost-Konflikt gäbe, der leider jede Geste der einen oder anderen Seite in einen Schachzug des kalten Krieges verwandelt. In Afrika wird immer häufiger die These verfochten, das entscheidende Problem der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts sei eben nicht der West-Ost-Konflikt, sondern der Nord-Süd-Konflikt, das heißt die Kluft zwischen den armen und den wohlhabenden Staaten. Versucht man, sich für einen Augenblick in die Lage eines asiatischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen Staatsmannes zu versetzen, so gehören in seiner Perspektive Moskau und Washington und alles, was dazwischen liegt, in die gleiche Gruppe der industrialisierten Staaten, die *gemeinsam* den Schlüssel für das Schicksal der darbenenden Menschheit in Händen halten. Im nicht mehr sehr fernen Jahr 2000, bis zu welchem sich die Erdbevölkerung verdoppelt haben wird, wird man unsere Generation kaum nach ihren Proklamationen beurteilen, sondern nach ihrer Fähigkeit oder Unfähigkeit, rechtzeitig für genügend Nahrung, Kleidung und Behausung für die dann-zumal sechs Milliarden Erdenbürger vorgesorgt zu haben. Es ist nicht zu früh, sondern schon sehr spät, sich diese Fragen ernsthaft durch den Kopf gehen zu lassen, um eine ganze Reihe von Konsequenzen zu ziehen.